



Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Nürnberg-Nord

10. Januar 2019



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Ich hoffe, Sie hatten ein besinnliches Weihnachtsfest und sind gut in das neue Jahr gekommen. Für 2019 wünsche ich Ihnen von Herzen alles Gute, viel Glück und vor allem Gesundheit!

Politisch stehen wir im neuen Jahr vor großen Herausforderungen, denen ich mich in Berlin und Nürnberg mit ganzer Kraft widmen werde. Ich freue mich auf die vor mir liegenden Aufgaben im Finanzausschuss und im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe.

Für die Abgeordneten der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag ging es gleich nach dem Jahreswechsel in das oberbayerische Kloster Seeon, wo unsere traditionelle Winterklausur stattfand. Hinter den Mauern des eindrucksvollen Klosters haben wir uns intensiv mit den aktuellen politischen Themen auseinandergesetzt. Im Mai finden Europawahlen statt. Deshalb haben wir uns hochkarätige Gäste nach Kloster Seeon eingeladen. Mit dem irischen Ministerpräsidenten Leo Varadkar, und dem konservativen griechischen Oppositionsführer Kyriakos Mitsotakis konnten wir uns über die großen Zukunftsfragen Europas austauschen. Natürlich war auch unser EVP-Spitzenkandidat für die Europawahl, Manfred Weber, MdEP, vor Ort und beeindruckte mit seinem klaren europapolitischen Kompass.

Der Besuch der neuen CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer in Kloster Seeon war nach einem für die Unionsparteien nicht einfachem Jahr ein sehr wichtiges Signal. Nur die Geschlossenheit zwischen den Schwesterparteien CDU und CSU macht uns stark und als die vielleicht letzten in Deutschland verbliebenen Volksparteien handlungsfähig.

Alle Beschlüsse unserer Klausurtagung können Sie in diesem Newsletter nachlesen.

In der nächsten Woche findet die erste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags statt, in der unter anderem das Brexit-Übergangsgesetz verabschiedet werden soll.

Herzliche Grüße

Ihr Sebastian Brehm, MdB



KOMMENTAR „DIE WELT“

Volksparteien gegen Angstparteien

Grüne und AfD bekämpfen die Volksparteien und verkünden ihren Niedergang. Doch gerade in einer individualisierten Gesellschaft müssen wir bei großen Fragen in eine gemeinsame Richtung gehen, schreibt Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag, in einem Gastbeitrag in der Welt.



© CSU im Bundestag / Jörg Koch

Das Jahr 2019 ist ein Jahr der Entscheidungen. Mit der Europawahl im Frühjahr, mit der im Koalitionsvertrag vereinbarten Bestandsaufnahme der großen Koalition in der zweiten Jahreshälfte und mit wichtigen Landtagswahlen im Herbst. Bei all diesen Entscheidungen geht es um etwas Großes – um die Zukunft der europäischen Idee, um eine stabile Regierung für Deutschland, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Land. Es geht um Stabilität oder Fragilität.

Bei all diesen Entscheidungen werden wir erleben, wie destruktive Kräfte auf beiden Seiten des Parteienspektrums versuchen werden, diese Entscheidungen mit Drohkulissen und Ängsten in ihrem Sinne zu beeinflussen, zu verunsichern und zu destabilisieren. 2019 wird damit zu einer Bewährungsprobe der Volksparteien, sich dem entgegenzustellen und für Chancen statt für Ängste, für Optimismus statt Extremismus Mehrheiten zu gewinnen.



Das ist insbesondere die Aufgabe der Unionsparteien, von CDU und CSU. Sie sind als Parteien der jungen Bundesrepublik aus dem Optimismus heraus gegründet und haben eine jahrzehntelange Tradition, die Chancen in den Vordergrund zu stellen und dafür zu kämpfen, sie zu nutzen – für die soziale Marktwirtschaft, für die Montanunion und die Europäische Einigung, für die Westbindung und den Beitritt zur Nato, für die Gründung der Bundeswehr, für die Wiedervereinigung, für die Einführung des Euro. All diese Erfolge wurden errungen mit einer Politik des Optimismus gegen eine Politik der Angst, mit der von links außen und von rechts außen versucht wurde, diese wichtigen Weichenstellungen zu verhindern.

Volksparteien waren seit jeher die Chancenparteien der Republik. Linke, AfD oder Grüne sind hingegen Angstparteien. Die einen haben Angst vor der Marktwirtschaft, die anderen Angst vor Weltoffenheit, die Grünen pflegen gleich mehrere Ängste; ökologische, technologische, soziale. Sie haben die Angst zum Programm erhoben und Verbote, Bevormundung und Besteuerung zu ihrem Angst-Placebo.

Umso mehr darf es uns nicht unberührt lassen, wenn ausgerechnet diese Kräfte versuchen, die Volksparteien nicht mehr nur in ihren Positionen, sondern in ihrer Identität anzugreifen, und eine Debatte über das Ende der Volksparteien anstrengen. Hier haben die Grünen etwas mit der AfD gemein. Beide verkünden lustvoll den Niedergang der Volksparteien. Die einen, weil sie in Wahrheit selber die SPD als linke Volkspartei ablösen wollen. Die anderen, weil sie die Demokratie der von ihnen so benannten „Altparteien“ beseitigen wollen. Die AfD fundiert ihre Volksparteien-Apokalypse auf Ressentiments und Hass.

Die Grünen argumentieren soziologisch. Zentrale Ursache – so Grünen-Chef Robert Habeck – sei die Individualisierung. In der Gesellschaft der Einzelkämpfer sei eben kein Platz für Volksparteien. Es gebe „keinen gemeinsamen Erlebnisraum mehr“, das Versprechen der Volksparteien „Wir sind alle gemeinsam eins“ verfehle die Lebenswirklichkeit der Menschen.

Das klingt zunächst eingängig, ist aber grundfalsch. Genau besehen gilt sogar das Gegenteil. Die Individualisierung, die Lockerung von konfessioneller und soziokultureller Bindung hat Mitte des letzten Jahrhunderts die Entstehung der klassen-, schichten- und konfessionsübergreifenden Volksparteien überhaupt erst ermöglicht. Sie ist damit nicht der Sargnagel, sondern die Voraussetzung der Volksparteien. Damals wie heute.

Die richtige Antwort auf eine fragmentierte Gesellschaft kann nicht die Fragmentierung des Parteiensystems und die Reaktion auf die Individualisierung, darf nicht die Absage an das Verbindende und das Gemeinsame sein.

Gerade in einer individualisierten Gesellschaft ist es wichtig, dass wir bei den großen Fragen in eine gemeinsame Richtung gehen, dass jeder die Gewissheit hat, Teil eines Ganzen zu sein, Teil einer Nation und auch einer Europäischen Union mit gemeinsamer Kultur, gemeinsamer Geschichte, gemeinsamen Zielen und gemeinsamer Zukunft. Das ist die staatspolitische Funktion von Volksparteien. Sie sind der politische Ausdruck von





Zusammengehörigkeitsgefühl, Freiheit, Heimatliebe, Weltoffenheit und gesundem Patriotismus.

Ausgleich, die DNA der Union

Volksparteien stehen damit nicht, wie Robert Habeck meint, für den „kleinsten gemeinsamen Nenner“, sondern für den größtmöglichen gesellschaftlichen Ausgleich. Dieser Ausgleich war insbesondere immer der Markenkern und die DNA der Union. CDU und CSU haben über Jahrzehnte zusammengefügt, was trennte, und zusammengehalten, was auseinanderzudriften drohte. Konrad Adenauer hat Katholiken und Protestanten zusammengeführt, Ludwig Erhard Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Franz Josef Strauß Tradition und Fortschritt, Helmut Kohl Ost und West.

Heute gibt es in unserer Gesellschaft neue Spannungsverhältnisse und Konfliktlinien. Zwischen denen, die Globalisierung und Internationalisierung als Wohlstandschance begreifen, und denen, die dadurch Heimat und Traditionen gefährdet sehen. Zwischen denen, die in der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft einen Fortschrittsseggen sehen, und denen, die fürchten, abgehängt zu werden. Zwischen denen, die möglichst viele Hilfsbedürftige in Deutschland aufnehmen wollen, und denen, die sich um die Integrationsfähigkeit unseres Landes, um kulturelle Stabilität, Identität und Sicherheit sorgen.

Diese neuen Spannungsverhältnisse brauchen – mehr denn je – politische Leuchttürme der Klammern, der Narrative und Paradigmen. Interessenparteien können das nicht leisten. Sie wollen nicht verschiedene Positionen ausbalancieren, sondern ein Interesse durchsetzen: das ihrer Klientel. Sie suchen nicht den gesellschaftlichen Ausgleich, sondern ideologische Reinheit. Ihr politisches Weltbild ist geprägt von Gegensätzen: Ökologie oder Ökonomie, Multikulti oder Monokulturalismus, Grenzen auf für alle oder alle Grenzen zu.

Volksparteien gehen einen anderen Weg. Wo Gegensätze bestehen, suchen sie den Ausgleich. Wo Interessensparteien ausgrenzen, wollen Volksparteien integrieren. Starke Volksparteien sind deshalb das beste Gegenmittel gegen politische Polarisierung. Nur mit starken Volksparteien gibt es auch stabile Mehrheiten. Koalitionen aus drei oder vier Fraktionen machen keine Regierung besser und keinen Bürger freier. Im Gegenteil. Politische Verantwortlichkeiten werden unklarer, Kompromisse werden schwieriger, Politik wird frustrierender, und politische Ränder werden gestärkt.

Deutschland braucht deshalb keinen Abgesang, sondern eine Revitalisierung der Volksparteien. Für CDU und CSU bedeutet das, den Alleinvertretungsanspruch für die Mehrheit Mitte-rechts wieder selbstbewusst zu formulieren und programmatisch einzulösen. Wir müssen unsere drei Wurzeln – die christlich-soziale, die liberale und die bürgerlich-konservative – wieder gleichberechtigt nebeneinanderstellen. Eine zu starke Verengung auf die sogenannte Mitte führt zur Abwanderung von Wählern nach links und rechts. Unser klarer Anspruch muss es sein, allen Bürgern von der Mitte bis zur demokratischen Rechten eine politische Heimat zu bieten.





Dabei geht es nicht, wie manche meinen, um einen Rechts- oder Linksruck, sondern darum, unser angestammtes Wählerpotenzial wieder in seiner gesamten Breite anzusprechen. Die Grundvoraussetzung dafür ist, dass wir unsere Unterschiede innerhalb der Union als Stärke anerkennen, anstatt zu versuchen, sie zu bekämpfen. Dass Politik Diskussionen führt, anstatt sie zu vermeiden. Dass Probleme benannt und auch gelöst werden, anstatt sie zu verschweigen oder kleinzureden.

Dass Politik den Sorgen und Befürchtungen der Menschen Raum bietet, anstatt sie zum Tabu zu erklären. Dass Ängste adressiert, aber nicht geschürt und instrumentalisiert werden. Wir müssen extreme Parteien bekämpfen, aber nicht ihre Wähler. Sie wollen wir zurückgewinnen für das demokratische Spektrum und politisch integrieren.

Das können nur die Volksparteien. Als Unionsparteien sind wir seit Gründung der Bundesrepublik der parlamentarische Arm der bürgerlichen Mehrheit in unserem Land, Garant für Stabilität und Prosperität, für sozialen Ausgleich und Balance, für Chancen und Gerechtigkeit. Ich will, dass das so bleibt. CDU und CSU müssen sich als Gravitationszentrum der deutschen Politik behaupten, sonst gewinnen die Fliehkräfte an den politischen Rändern.

Wir können als Chancenparteien den Wettbewerb für uns entscheiden. Die Geschichte der Volksparteien ist mitnichten zu Ende, aber sie stehen vor einer der größten Bewährungsproben ihrer Geschichte. Diese Bewährungsprobe anzunehmen und sie zu meistern muss als Union unser Anspruch sein im Jahr 2019.



#SEEON19

Dobrindt: „2019 ist ein Jahr der Entscheidungen“

Die CSU im Bundestag hat sich zu ihrer traditionellen Winterklausur in Seeon getroffen. Neben zahlreichen hochrangigen internationalen Gästen diskutierte auch die neue Parteivorsitzende der CDU, Annegret Kramp-Karrenbauer mit den Abgeordneten. Das Jahr 2019 wird ein Jahr der Entscheidungen, nicht zuletzt wegen der Europawahl und den anstehenden Landtagswahlen im Osten. Die CSU im Bundestag startet mit Optimismus ins neue Jahr.



© CSU im Bundestag / Jörg Koch

Die CSU im Bundestag hat sich zum dritten Mal zu ihrer traditionellen Winterklausur Anfang Januar im Kloster Seeon getroffen. Vor winterlicher Kulisse starteten die Abgeordneten mit einem vollen Programm in das neue Jahr. „2019 ist ein Jahr der Entscheidungen, es ist ein Jahr der Europawahlen, der Landtagswahlen im Herbst im Osten Deutschlands und auch das Jahr, in dem die GroKo sich selbst vergewissert, ob sie diese Koalition weiterführen kann“, sagte Alexander Dobrindt, Vorsitzender der CSU im Bundestag. Die SPD wollte die Bestandsaufnahme der Großen Koalition im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, so dass auch hier Entscheidungen anstünden. „Und wir werden erleben, dass in diesem Jahr auch destruktive Kräfte versuchen werden, politisch diese Entscheidungen ins Negative zu bewegen, die versuchen werden, mit Angst und Manipulation und Panik diese Entscheidungen zu beeinflussen und es ist unsere Aufgabe, es ist die Aufgabe der Volksparteien mit Optimismus und mit Chancen darauf zu reagieren“, betonte Dobrindt. 2019 sei ein Jahr der Chancen und man lasse es nicht zu, dass es andere politische Parteien zum Jahr der Angst machen.



Zusammenhalt mit der CDU offensiv zeigen

Daher kommt dem Besuch der neuen Parteivorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer in Seeon auch besondere Bedeutung zu. „Wir wollen den Zusammenhalt, die Gemeinschaft, die Schicksalsgemeinschaft von CDU und CSU, auch offensiv zeigen.“

Traditionell begrüßt die CSU im Bundestag zum Klausurauftakt sowohl den bayerischen Ministerpräsidenten als auch den Parteivorsitzenden. Für Horst Seehofer war es die 49. Winterklausur. Zu den nationalen Gesprächspartnern zählten in diesem Jahr der Generalinspekteur der Bundeswehr, Eberhard Zorn, der Bischof von Passau, Stefan Oster, der als Jugendbischof von Deutschland auch als sehr digital affin bekannt ist, sowie der EVP-Spitzenkandidat für die Europawahl, Manfred Weber.

Solidarität mit Irland betonen

Der Premierminister aus Irland, Leo Varadkar, kam ebenfalls nach Seeon. Sein erstes Mal in Bayern, wie er sagte. Irland steht derzeit ganz unter dem Einfluss des bevorstehenden Brexits. „Wir wollen unsere Solidarität auch gerade gegenüber Irland zum Ausdruck bringen und mit ihm darüber reden wie auch nach einem Brexit die Zusammenarbeit mit den Briten ausschauen kann“, so Dobrindt. Eine Partnerschaft Doppel-Plus stelle man sich für England zukünftig vor.

Kyriakos Mitsotakis, der griechische Oppositionsführer, kann sich in diesem Jahr berechtigte Hoffnungen auf das Amt des Ministerpräsidenten machen. „Wir kennen die schwierigen Jahre, die Griechenland hinter sich gebracht hat und wir haben große Hoffnung, dass wenn Du die Chance hast, Ministerpräsident in Griechenland zu werden, mit höherer Dynamik aus den Schwierigkeiten herauskommst und ein wesentlicher, stabiler Teil unseres Europas bleiben willst und an der Stabilitätskultur mitarbeitest“, sagte der Vorsitzende der CSU im Bundestag.

Am weitesten reisen musste Richard Socher, einer der renommiertesten Wissenschaftler im Bereich der Künstlichen Intelligenz, der nicht nur Professor an der amerikanischen Stanford University ist, sondern auch Chefwissenschaftler von Salesforce. Er kam aus Kalifornien nach Seeon.



#SEEON19

Die Beschlüsse der Klausurtagung in Kloster Seeon



© CSU im Bundestag / Jörg Koch

Beschluss: Deutschland an der Spitze halten – Innovationsführerschaft stärken, Innovationsgerechtigkeit schaffen

Wir erleben derzeit eine der mit Sicherheit dynamischsten Innovationphasen in der Geschichte der Menschheit – mit enormen Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Chancen wollen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land nutzen und Schritt halten mit der Dynamik der Digitalisierung. Denn im global-digitalen Zeitalter sind Wissensvorsprung, Größe und Marktmacht keine Ewigkeitsgarantie mehr, sondern lediglich Momentaufnahmen in einer Welt im Auf- und Umbruch. Damit verbunden ist ein neuer Wettbewerb von Unternehmen, von Regionen, aber auch von ganzen Staaten. Die Frage, wie und ob unser Land in diesem globalen Wettbewerb besteht, entscheidet über unseren Wohlstand von morgen.

Beschluss: Staat mit Stärke – für mehr Sicherheit und geordnete Migration

Wir stehen für einen starken Staat. Lebensqualität und Wohlstand, Freiheit und ein friedliches Zusammenleben sind nur möglich mit einem starken Staat, der Sicherheit gewährleistet und Vertrauen schafft. Unser Rechtsstaat ist eine der größten Errungenschaften in der Geschichte unseres Landes, die wir entschlossen gegen seine Feinde verteidigen werden. Gegen die Extremisten von links und von rechts, gegen Islamisten und Terroristen, gegen Straftäter und die organisierte Kriminalität.





Beschluss: Für echte soziale Gerechtigkeit – Leistungsträger stärken, Arbeit belohnen, Arbeitssuchende unterstützen

Deutschland geht es so gut wie nie zuvor. Die Beschäftigung ist auf dem höchsten Stand seit 25 Jahren, unsere Wirtschaftsleistung ist auf einem ungebrochen hohen Niveau, wir machen seit Jahren keine neuen Schulden, die Steuereinnahmen sprudeln. Dieser andauernde Erfolg ist der Erfolg der vielen Menschen in unserem Land, die jeden Tag früh aufstehen, hart arbeiten, Steuern zahlen, sich um ihre Familien kümmern, sich ehrenamtlich engagieren und den sozialen Zusammenhalt stärken. Diese Menschen sind die Leistungsträger unserer Gesellschaft. Sie gehören in das Zentrum der Politik und dürfen nicht zur vergessenen Mitte werden in unserem Land. Für sie muss der Staat die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit sie frei und sicher leben können und damit es sich für sie lohnt, Leistung zu erbringen. Es muss einen Unterscheid machen, ob man arbeiten geht oder nicht. Das ist ein Grundprinzip der sozialen Gerechtigkeit.

Beschluss: Innovation gestalten, Orientierung geben, Ethik bewahren

Fortschritt braucht Werte. Wer Chancen nutzen will, muss Orientierung geben. Deutschland ist heute ein starkes Land, weil die wesentlichen Weichenstellungen in der Geschichte der Bundesrepublik immer flankiert waren von einer klaren christlich-sozialen, liberalen, bürgerlich-konservativen Werteordnung. Unser Rechtsstaat und unser Grundgesetz sind untrennbar verbunden mit dem christlichen Menschenbild. Unser Sozialstaat und die soziale Marktwirtschaft sind undenkbar ohne die christliche Soziallehre. Deutschland ist ein christliches Land – und mit genau dieser Werteorientierung wollen wir unsere Erfolgsgeschichte fortschreiben.

Beschluss: Europa. Macht. Stark. Sicherheit schaffen, Souveränität erhalten, Wohlstand ermöglichen

Ein starkes Deutschland braucht ein starkes Europa. Die großen Herausforderungen unserer Zeit – Globalisierung, Digitalisierung, Migration – können und werden wir nicht alleine bewältigen. Unsere nationale Souveränität und unsere kulturelle Identität lassen sich nur erhalten im engen Schulterschluss mit den Staaten der Europäischen Union, in einem geeinten Europa. Deutscher Patriot und stolzer Europäer zu sein ist kein Widerspruch, sondern zwei Seiten derselben Medaille – und das Rezept, um sich all jenen entgegenzustellen, die die europäische Vision immer wieder in Frage stellen: Den Reaktionären, die unsere europäischen Bande lösen wollen und fordern: Zurück ins Nationale. Und den Zentralisten, die von einem europäischen Einheitsstaat träumen. Beides ist eine Sackgasse für unsere nationale Souveränität, für Frieden und Freiheit, für Wachstum und Wohlstand.



Beschluss: Mehr bezahlbaren und nachhaltigen Wohnraum für Deutschland – mit einer „Gesamtstrategie Wohnen“

Das Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Wir wollen, dass alle Menschen in unserem Land dort leben können, wo sie arbeiten oder sich heimisch fühlen. Dass unsere Dörfer und Gemeinden auf dem Land ein attraktives Lebensumfeld bieten, in dem sich gerade junge Familien

niederlassen können. Dass unsere Städte allen Bevölkerungsschichten bezahlbaren Wohnraum bieten. Und dass unsere Bürgerinnen und Bürger Wohneigentum erwerben können. Dazu brauchen wir einen nationalen Kraftakt mit einer „Gesamtstrategie Wohnen“.

Beschluss: Gesunde Umwelt, wirksamer Klimaschutz, zukunftsfähige Landwirtschaft – lebenswertes Land

Eine gesunde Umwelt bildet die Lebensgrundlage für alles – für uns als Menschen wie auch für unsere Flora und Fauna. Unsere Wälder, Seen und Flüsse, unsere Berge, Küsten und Meere sind ein Garant für eine hohe Lebensqualität in allen Regionen und unverzichtbarer Lebensraum für Millionen von Tieren und Pflanzen. Wir wollen deshalb unsere Landschaft und Natur erhalten, wie wir sie kennen, und die Schöpfung für kommende Generationen bewahren. Wir wollen Verantwortung übernehmen für eine intakte Natur in unserem Land und einen gesunden Planeten. Ökonomie und Ökologie wollen wir dabei nicht gegeneinander ausspielen, sondern miteinander ins Gleichgewicht bringen – durch nachhaltiges Wachstum und eine national wie international ausgerichtete, wirkungsvolle Klima- und Umweltpolitik.



#SEEON19

Kloster Seon im Wandel der Zeit



© CSU im Bundestag / Jörg Koch

Die einstige Benediktinerabtei Kloster Seon hat schon viele prominente Gäste beherbergt – unter anderem auch Wolfgang Amadeus Mozart. Heute gehört das Kloster dem Bezirk Oberbayern und wird als Eigenbetrieb geführt.

Seit 1993 zieht Kloster Seon als Tagungszentrum und -hotel Gäste aus aller Welt an. Als eines der schönsten historischen Ensembles im Chiemgau ist es Veranstaltungsort für Konzerte, Lesungen und Ausstellungen.

Gründung im Mittelalter

994 wurde das Kloster gegründet. Stifter sind Pfalzgraf Aribio I. und seine Gemahlin Adala. 999 findet die erste urkundliche Erwähnung des Klosters statt. Ein Brand vernichtet 1561 einen Großteil des Klosters, verschont bleiben Kirche, Abtskapelle und Hospital. Es folgt der Wiederaufbau: Beide Kirchtürme erhalten Zwiebelkuppeln, die Kirchenschiffe Malereien. Im 17. Jahrhundert schließt sich die Teilbarockisierung der Kirche, der Neubau diverser Gebäudeteile, darunter die Neue Abtei (Festsaaltrakt einschließlich Lambertisaal und Fürstenzimmer), sowie ein weitgehender Neubau der Trakte um den Innenhof an. 1755–1758 wird die Alte Abtei um ein zweites Obergeschoss aufgestockt. Zwischen 1761–1780 ist Wolfgang Amadeus Mozart mehrmals zu Gast in Seon.



Umbau zum Bad Seeon

1803 wird das Benediktinerkloster im Zuge der Säkularisation aufgehoben. Ein Großteil des Klosterkomplexes wird an den Münchner Bäckermeister Franz Xaver Distler verkauft, der die Klosterbrauerei in Eigenregie fortführt. Distlers Schwiegersohn Georg Reichenwallner eröffnet 1816 in den ehemaligen Klostergebäuden ein Kurbad. Zum Festland wird ein Damm aufgeschüttet. 1852 wird das „Bad Seeon“, wie es jetzt heißt, an Dona Amélie (1812–1873), die in Lissabon residierende Witwe Kaiser Pedros I. von Brasilien, verkauft. Nach ihrem Tod 1873 erwirbt der mit der Zarenfamilie Romanow verwandte Fürst Nikolaus Romanowskij die Gebäude als Wohnsitz. Die beiden Söhne lassen den Seeoner Baukomplex 1892 zum Schloss umgestalten.

Vielfältige Nutzung

1934 ersteigert der Großindustrielle Dr. Max Wiskott Schloss Seeon. Er vermietet die Anlage an die NSDAP zur Einrichtung einer SA-Schule, gleichzeitig wird ein Teil vom Reichsarbeitsdienst genutzt. Nach dem 2. Weltkrieg ist Seeon erst Nachkriegslazarett, dann Flüchtlingslager („Sudetenheimstätte“). 1953 wird Seeon von der Familie Wiskott verkauft, anschließend wird es als Hotel mit Gaststättenbetrieb und als Polstermöbelfabrik mit rund 100 Beschäftigten genutzt. Zwischen 1958–1978 beherbergen die Gebäude eine Schule des Bundesgrenzschutzes, dann eine Kaserne der Bayerischen Bereitschaftspolizei; in diese Zeit fallen diverse Um- und Anbauten. 1978 wird die Anlage von der Erzdiözese München und Freising erworben, um die Übereignung an eine Sekte zu verhindern, und 1986 an den Bezirk Oberbayern verkauft.

Seeon wird Tagungsstätte

1989 beginnt die umfangreiche Sanierung, Restaurierung und Modernisierung, die 1993 mit der Eröffnung des „Kultur- und Bildungszentrums des Bezirks Oberbayern“ mit angeschlossenem Tagungshotel abgeschlossen wird. Die CSU im Bundestag veranstaltet im Januar 2017 zum ersten Mal ihre Klausurtagung in Kloster Seeon.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.

